Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 28 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dorotte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 16. Januar

Anzeigenpreis: Einzige Inseraten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Entscheidende Wahlen!

Die Wahl zur Nationalversammlung steht vor der Tür! Diese Wahl bedeutet etwas ganz anderes als eine Reichstagswahl der früheren Zeit. Der Reichstag stand nur neben Kaiser und Bundesrat, und diese konnten ihn, wenn er ablehnte, sich mit ihnen zu einigen, auflösen und nochmals sich an die Wähler wenden.

Die Nationalversammlung vereint in sich alle Rechte, die Kaiser, Bundesrat und Reichstag zusammen ausübten.

Sie und sie allein entscheidet über die wichtigsten Fragen unseres Staatslebens. Monarchie oder Republik? Und wenn Republik: ob sozialistische oder bürgerliche — ob in ihr das Privatkapital eingeschränkt oder gar abgeschafft oder im wesentlichen erhalten bleiben soll. Sie entscheidet über das, was unter Religionsfreiheit zu verstehen ist, die Sozialdemokraten und auch manche Demokraten als Freiheit gegen die Religion auffassen.

Hier, wo es auf alles ankommt, muß jeder Mann, aber auch jede Frau zur Wahl gehen. Die bekannte Ausrede, daß es auf eine Stimme mehr oder weniger nicht ankomme, ist hinfällig bei dem neuen Wahlverfahren, das auch die Minderheiten berücksichtigt, wenn sie nur einigermaßen stark sind.

Es gilt mit dem Stimmzettel zu beweisen, daß die Zahl derer, die, wenn alle untreu werden, doch dem alten Deutschland die Treue halten, immer noch recht ansehnlich geblieben ist. Darum wählt die Deutschnationale Volkspartei!

*

Wie wählen Soldaten?

Wenn bei der Demobilmachung des Heeres ein Regiment in seinem Garnisonort ankam, wurde es auf die neue „Verfassung" verpflichtet — die Kokarden waren meist schon vorher beseitigt — und es erklärte dann, daß es sich hinter die Regierung Ebert-Scheidemann stellte. Diese Erklärungen benutzten geschickte Sozialdemokraten, um die irrtümliche Auffassung in der militärischen Bevölkerung zu verbreiten, alle Feldzugsteilnehmer hätten auch bei den Wahlen ihre Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten abzugeben. Das ist durchaus unzulässiger Stimmenfang. Die Erklärungen gaben die Regimenter nur in der Absicht ab, die gegenwärtige Regierung in ihrem Bestreben, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, zu unterstützen. Sämtliche Soldaten haben ihre Bewegungsfreiheit bei den kommenden Wahlen durch solche Erklärung aber keinesfalls behindert. Sie können vielmehr nach ihrer politischen Ueberzeugung ihre Stimme abgeben. (Vergleiche hierzu auch den Aufruf „Kriegskameraden".)

Eine Verteidigungsschrift Ludendorffs?

Kopenhagen, 14. Januar.

„Berlingske Tidende" gibt in einem Telegramm aus Malmö eine Unterredung wieder, die der schwedische Gutsbesitzer Ohlsson, bei dem sich gegenwärtig Ludendorff als Gast befindet, mit einem schwedischen Pressevertreter gehabt hat. Ohlsson erklärte, Ludendorff arbeite seit seiner Ankunft auf dem Gute Geskeholm von morgens bis abends an einer Verteidigungsschrift. „Alle legen nun", fuhr Ohlsson fort, „die Hauptschuld auf Ludendorff. Man vergißt dabei aber ganz, daß er bei Kriegsausbruch keine entscheidende Stimme gehabt hat, sondern nur Offizier im Generalstab war, wie viele andere. Erst August 1916 erhielt er auf die Kriegführung Einfluß." Seitdem sei ihm nicht ein einziges Mal erklärt worden, daß die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens vorhanden sei. Er sei niemals Anhänger annexionistische Pläne gewesen und irrtümlich sei auch die Behauptung, daß er sich einem Verständigungsfrieden widersetzt hätte.

Die badische Nationalversammlung eröffnet

Karlsruhe, 15. Januar.

Die badische Nationalversammlung wurde heute vormittag im Ständehause eröffnet. Am Regierungstisch hat sich das Gesamtministerium eingefunden. Die Mitglieder der Nationalversammlung waren vollzählig erschienen. Durch Zuruf wurde der Abgeordnete Kopf (Ztr.) zum Präsidenten gewählt.

Der Präsident der vorläufigen Regierung führte dann aus: In seiner politischen Zusammensetzung ist dieses Haus das getreue Abbild des Volkswillens. Die unmittelbare Folge des verlorenen Krieges ist die politische Umwälzung. Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat es sich nicht nehmen lassen, dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank auszusprechen für den von Engherzigkeit freien Geist, in dem sie als Glieder der erblichen Dynastie in Baden ihre Aufgabe erfaßt und erfüllt haben. Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reiches. Doch rufen wir laut über alle deutschen Gaue hin: Rüttelt nicht am Reiche! Wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben. Wir erheben mit der Macht Einspruch gegen die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade. Nur die rascheste Befestigung der neuen Zustände wird dem Feinde jene Achtung abnötigen, die uns einen Verhandlungsfrieden anstatt eines Diktatfriedens vielleicht noch gewährleisten kann. Nur mit Zorn können wir deshalb nach der Hauptstadt blicken. Wir haben kein Verständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen. Wir hoffen, daß es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingt, dauernde Ordnung zu schaffen.

Sodann gaben Vertreter der verschiedenen Parteien des Hauses kurze programmatische Erklärungen ab, in denen sie ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten in den Hauptpunkten aussprachen.

Minister Dr. Haas überreichte hierauf den Entwurf einer badischen Verfassung und führte unter anderm aus: Jeden Gedanken, daß das Reich sich auflösen könnte, weisen wir entschieden von uns weg. Der bundesstaatliche Charakter unseres Reiches war für uns immer eine Quelle der Kraft. Eine übermächtige Zentralisation lehnen wir ab. Wir wollen ein eigenes badisches Volksheer im Rahmen der deutschen Bundesarmee. Wir können geordnete Zustände nur schaffen auf der Grundlage der Demokratie.

Unsere neue Staatsverfassung

Berlin, 15. Januar.

Das Reichskabinett hat sich gestern und heute mit dem Verfassungsentwurf beschäftigt, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Der Entwurf ist vom Staatssekretär Preuß und seinen Mitarbeitern im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden.

In seinen Grundzügen scheint er bei der Regierung Anklang gefunden zu haben. Der föderative Charakter des Reiches wird in der neuen Verfassung bewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf zehn Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet werden. Das Parlament würde sich aus einem vom gesamten Volke zu wählenden Volkshause und einem Staatenhause zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Die zahlreichen Einzelheiten des Entwurfs müssen noch eingehend durchgearbeitet und vielleicht auch hier und da abgeändert werden, bevor er von der Regierung im ganzen gutgeheißen und verabschiedet wird, um zur gegebenen Zeit der Nationalversammlung unterbreitet zu werden.

Was Deutschland leisten soll

Berlin, 15. Januar.

Nach den Abendblättern hat sich Staatssekretär Erzberger bei einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern in Ulm geäußert, Marschall Foch halte für eine angemessene Entschädigung für den Ausbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden Mark. Die Alliierten würden als Sicherheit die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forsten fordern.

Unsere auswärtige Politik

Eine Erklärung des Grafen Brockdorff-Rantzau

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Graf Brockdorff-Rantzau empfing Vertreter der Presse und machte ihnen die nachstehenden Mitteilungen:

Meine Herren! Der Umstand, daß die deutsche Waffenstillstandskommission morgen in Trier mit Vertretern der Entente über eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu verhandeln beginnt, hat mir den Anlaß gegeben, Sie hierher zu bitten. Es liegt mir daran, durch Ihre Vermittlung dem deutschen Volke zu sagen, daß, wie schwere Anforderungen auch die nächste Zeit an uns stellen wird, ein Grund zum Verzweifeln nur dann vorhanden ist, wenn wir uns selbst nicht die nötige Kraft zutrauen, als einiges Volk zu den endgültigen Friedensverhandlungen zu gehen. Als unsere Waffenstillstandskommission in dem Walde von Compiègne zu dem Abschluß des ersten Waffenstillstandes kam, da schien ihr in den Wilsonschen 14 Punkten und vor allem in der Idee des Völkerbundes die Grundlage für die Neugestaltung der Welt besehen zu sollen.

Der Gedanke des Völkerbundes wurde von uns mit all dem Idealismus aufgenommen, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Mit all diesem Idealismus stehen wir auch heute hinter ihm. Wir sind durch die Sachlage dazu gezwungen, Bedingungen, die uns der Gegner in den militärischen Waffenstillstandsverhandlungen aufzwingt, als die Gesichlagenen mit Protest hinzunehmen oder sie abzulehnen. Niemand kann uns jedoch durch Zwang oder Gewalt dazu bringen, von der Ueberzeugung zu lassen, daß die sittlichen Kräfte in allen Ländern nach einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten dürsten und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie uns der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt sicher fühlen. Daß in einer solchen Welt, deren Zusammenleben sich auf ganz anderen Grundsätzen aufbauen wird, als sie bisher in der Sprache, den Methoden und den Gedankengängen der Politik üblich waren, kein Platz ist für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, bedarf keiner Erwähnung. Ebenso ist es selbstverständlich, daß dieses Prinzip in dem gleichen Maße jedem Volke zugute kommen muß. Jedes gegenteilige Vorgehen hieße neuen Haß zwischen die Völker säen und zudem würde es nur diejenigen Kräfte stärken, die vorgeben, es bedürfe einer gewaltsamen sozialen Weltrevolution und der terroristischen Diktatur des Proletariats, um endlich menschenwürdige Zustände in der Welt herbeizuführen.

Meine Herren! Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch die kleinlichen Politiken, durch Intrigen und Vorzimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden beliebte. Ebensowenig dürfte er gefördert werden dadurch, daß wir versuchen, wie einzelne Presseorgane, die die alten Zeiten immer noch nicht verschwunden glauben, es vorschlagen, Verwirrung in die Reihen unserer Gegner zu bringen. Wenn wir diese Gegner erst uneinig machen müßten, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß schließlich doch nur das Gute in der Welt von Bestand ist, dann könnten wir ja von vornherein bei ihnen nicht das voraussetzen, was das bringendste Erfordernis für die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedeutet: die sittliche Ueberzeugung. Diese zu wecken ist unsere Aufgabe, und hierzu, meine Herren, bedarf ich Ihrer Unterstützung. Wir brauchen hierzu einen Resonanzboden im deutschen Volk, das sich freigemacht hat von einem überlebten System und nunmehr der ganzen Welt die Freiheit wünscht, die es sich innerhalb seiner Grenzen zu schaffen im Begriff ist. Auf zertrümmerten Geigen konnte auch ein Sarasate nicht spielen. So muß denn das deutsche Volk wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine neue Politik für das deutsche Volk. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Ausland, eine Politik, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Aber man wird uns fragen: Wen führt Ihr in diesen Völkerbund? Dann müssen wir sagen können: Wir bringen ein einiges Volk, das den Frieden in der Welt will und das gesonnen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufzutreten und bewußt in die Schranken zu treten.

Wählt alle Deutschnational! „Liste Graf Posadowsky".

Deutschnationale Volkspartei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901161-10/fragment/page=0001

Finanzielle und wirtschaftliche Knebelung

Paris, 14. Januar.

Der interalliierte Oberste Kriegsrat, bestehend aus den Premierministern und den Ministern des Auswärtigen der Großmächte, Marschall Foch sowie Chinda Matsui als Vertreter Japans trafen am Montag zu einer dreistündigen Sitzung im Ministerium des Aeußern zusammen, um die französischen Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland zu beraten. Die Versammlung legte zunächst die Bedingungen fest, die Marschall Foch am 15. Januar den deutschen Bevollmächtigten in Trier vorlegen wird. Diese Bedingungen sind wirtschaftlicher und maritimer Natur. In wirtschaftlicher Hinsicht beschloß der Rat, für die Versorgung Deutschlands und der umliegenden Länder, wie Jugoslawien, Ungarn und Rumänien, Vorsorge zu treffen. Hierfür wird Deutschland den nötigen Schiffsraum stellen müssen. Deutschland wird seine sämtlichen Handelsschiffe ausliefern müssen. In wirtschaftlicher Hinsicht fordern die Alliierten ferner die Herausgabe des gesamten von den deutschen Truppen in den französischen besetzten Gegenden weggenommenen Materials. Die finanziellen Klauseln beziehen sich auf das Gold der Reichsbank und die Ausgabe von Papiergeld durch die Deutschen. Ferner ist die Fortschaffung des Goldes der Reichsbank aus Berlin ins Auge gefaßt. Als Grund wird die Furcht vor den bolschewistischen Plünderungen angegeben. Hinsichtlich der Marineforderungen verlangen die Alliierten die Anwendung der Klausel über Lieferung des gesamten U-Bootmaterials. Die Probleme einer militärischen Intervention in Polen gegen die Bolschewisten wurden zurückgestellt. Ferner setzte der Kongreß die Zahl der Delegierten fest, die den einzelnen Staaten zustehen. Die erste Vollsitzung ist für Sonnabend, den 18. Januar, festgesetzt.

Der französische Marineverband hat an Wilson eine Adresse gesandt. Darin wird verlangt:

1. Die Uebergabe von 930 000 Tonnen deutscher und österreichisch-ungarischer Fahrzeuge, die durch den Feind vernichtet worden sind.
2. Lieferung von deutschen Steinkohlen an die französische Metallindustrie zu einem Preise, der die französischen Werften in die Lage versetzen würde, zu demselben Preise zu bauen, wie das Ausland.
3. Die Schaffung der Möglichkeit für die französischen Reedereien, sofort 1 Million Tonnen Schiffsraum, die in England im Bau begriffen ist, anzukaufen.
4. Dieselbe Möglichkeit für den Ankauf einer Million Tonnen Schiffsraum, die in den Vereinigten Staaten gebaut werden.
5. Anweisung der französischen Werften zum sofortigen Bau von Handelsschiffen von insgesamt 2 Millionen Tonnen.

Belagerungszustand in Oberschlesien

Beuthen, 14. Januar.

Am Montag ruhte nur der Betrieb auf der Ferdinand-Radzionkau-Grube. Auf Georg-Grube kann der Streik als erloschen angesehen werden; die wenigen fehlenden Leute sind nach dem gestrigen Sonntag als Streikende nicht zu bezeichnen. Auf allen übrigen Gruben wird voll gearbeitet.

Während der Belagerungszustand über fünf Orte des Kreises Tarnowitz, nämlich Radzionkau, Koslawagora, Rudnjekar, Obrowitz-Trokenberg verhängt wurde, wird von morgen ab der Belagerungszustand über den Stadt- und Landkreis Kattowitz verhängt werden.

Der „Berl. Lok.-Anz." meldet: Der preußische Ministerpräsident Hirsch und das Mitglied der Reichsregierung Landsberg begeben sich heute abend zu Verhandlungen nach Kattowitz in Oberschlesien.

*

Bromberg von den Polen eingeschlossen

Bromberg, 15. Januar.

Polnische Legionäre, verstärkt durch polnische Banden, sind gestern nachmittag Bromberg auf 4 Kilometer nahgerückt. Sie haben gegen 4 Uhr die erste Station hinter Bromberg, auf der Strecke Bromberg-Hohensalza, Rohrbruch, eingenommen und stehen damit unmittelbar vor Bromberg. Südlich von Rohrbruch steht deutsche Artillerie und einige Verbände Infanterie. Es besteht die Gefahr, daß die deutschen Heimatschutztruppen durch die Polen abgeschnitten werden. Im Laufe des Abends ist unter offenbarem Bruch des Waffenstillstandsvertrages der Bahnhof Nakel auf der Strecke Schneidemühl-Bromberg von 80 jungen Polen mit einem Maschinengewehr überrumpelt und besetzt worden. Durch das Vorrücken der Polen bis Rohrbruch und durch die Besetzung von Nakel wird der Kreis um Bromberg bedrohlich eng geschlossen. Die Stadt ist jetzt nur noch in der Richtung Danzig und Thorn frei.

Breslau, 15. Januar.

Aus Gleiwitz wird gemeldet: Es sprechen ganz bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß die Polen am Wahltage einen Putsch zur Verhinderung der Wahl zur Nationalversammlung unternehmen werden. In Polen werden Truppen zusammengezogen, die dazu bestimmt sind, der Putschbewegung den nötigen militärischen Rückhalt zu geben.

Lichnowsky—Rantzau—Kautsky

Berlin, 15. Januar.

Wie die „Berl. N. N." von unterrichteter Seite hören, bestätigt es sich, daß Fürst Lichnowsky die deutsche Friedensdelegation führen wird. Außer ihm werden in maßgebenden Kreisen als Angehörige dieser Delegation noch Graf Brockdorff-Rantzau, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, und der sozialistische Theoretiker Kautsky genannt. Ferner dürfte noch die Mitarbeit des Grafen Arco in Frage kommen.

Prozeß gegen den Mörder Jaurès

Paris, 15. Januar.

Der Prozeß Vilains, des Mörders von Jaurès, wurde endgültig auf den 24. März festgesetzt.

Die Verhandlungen mit den Unabhängigen

Berlin, 14. Januar.

In der Nachmittagssitzung des Zentralrats wurden die Verhandlungen mit der Berliner Leitung der U. S. P. D., der Verhandlungskommission der rev. Obleute und der Leitung der Berliner S. P. D. fortgesetzt. Die Vertreter der U. S. P. hatten an erster Stelle die Absetzung der Volksbeauftragten und ihre Ersetzung durch weniger stark kompromittierte Persönlichkeiten verlangt. Aus der Mitte des Zentralrates wurde zunächst verlangt, daß man sich auf bestimmte Forderungen einige. Aus der gegenwärtigen Situation heraus handele es sich dabei zunächst um das Folgende:

1. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die am 19. Januar stattfindenden Wahlen zur gesetzlichen Nationalversammlung vor jeder Störung bewahrt werden.

2. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die uneingeschränkte Preßfreiheit, eine der hauptsächlichsten Errungenschaften der Revolution, im ganzen Reiche sichergestellt wird.

3. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß gewaltsamen Eingriffen in die Rechte und Freiheiten der Person und des Eigentums evtl. mit Gewalt entgegnet wird und daß jeder Terror, ganz gleich von welcher Seite er kommt, aus dem politischen Kampfe verschwindet; zu diesem Zwecke ist die Entwaffnung der Zivilbevölkerung schleunigst durchzuführen.

Die Vertreter der U. S. P. D. erklären sich mit diesen 3 Punkten einverstanden, ausgenommen den letzten Satz zu 3, der die schleunige Entwaffnung der Zivilbevölkerung durchgeführt haben will. Sie bemerkten jedoch ferner, daß es darauf ankomme, wie die Wahlen zur Nationalversammlung geschützt würden. Auf die direkte Frage, ob sie bereit seien, gewaltsamen Störungen der Wahlen mit Gewalt begegnen zu lassen, erhielt keine Antwort. Die Vertreter der U. S. P. D. verlangten weiter, daß die Besetzung des Berliner Polizei-Präsidiums, das zu einer konterrevolutionären Einrichtung zu machen sei, nur mit Zustimmung der U. S. P. D. erfolgen dürfe, wobei sie sich nicht an die Person Eichhorns klammern wollten. Hingegen lehnten sie ab, zurzeit in die Regierung einzutreten, um gemeinsam mit Mehrheitssozialisten die Durchführung eines noch festzusetzenden Programms zu übernehmen.

Die Vertreter der Berliner Leitung der U. S. P. D. versicherten, daß sie mit den Revolutionsstimmversuchen Lebebours, Liebknechts und Scholzes nichts zu tun hätten. Von den Vertretern der revolutionären Obleute wurde eine entsprechende Erklärung nicht abgegeben.

In der Debatte wurde betont, daß die Frage der Besetzung des Berliner Polizei-Präsidiums nicht isoliert erledigt werden könne, sondern nur zusammen mit den übrigen schwebenden politischen Fragen Gegenstand der Einigung sein könne. Die Verhandlungen wurden am Abend auf Mittwoch, den 15. Januar, vertagt.

Auf Störung steht Zuchthaus

Das deutsche Volk steht vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Nationalversammlung allein kann uns den Frieden bringen, nur sie kann die errungene Freiheit in einer neuen Verfassung verankern.

Es gilt, den ungestörten Verlauf der Wahlen zu sichern. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hierbei zu helfen.

Die Wahlfreiheit ist jedem Volksgenossen durch das Gesetz, insbesondere durch den § 107 des Reichs-Strafgesetzbuches ausdrücklich verbürgt. Nach dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe bestraft, wer einen Deutschen durch Gewalt oder Drohung zu hindern sucht, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen. Die Reichsregierung wird jeder Störung der Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegentreten. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu hindern, verstößt aber nicht nur gegen Gesetz und Recht, er versündigt sich vielmehr angesichts der unschätzbaren Güter, die durch die Nationalversammlung geschützt werden sollen, auch an der Zukunft des Vaterlandes.

Berlin, 14. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann.

Der Zentralrat.

Leinert. Cohen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier

Trier, 15. Januar.

Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden heute vormittag in Trier im Salonwagen des Marschalls Foch durch eine Ansprache des Vorsitzenden der beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen eröffnet.

Die Ansprache des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, enthielt u. a. folgende Gedanken: Das deutsche Volk will Friede; die alliierten Regierungen haben es anders gewollt, sie sprechen auch heute nicht von Frieden, sondern nur von der Verlängerung des Waffenstillstandes. Das deutsche Volk hat Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze der Möglichkeit erfüllt. Wo die Bedingungen nicht eingehalten worden sind, tragen unsere Gegner fast ausschließlich die Verantwortung, so namentlich in der Frage der Abnahme des Verkehrsmaterials. Am 5. Januar wurden von den Alliierten übernommen: 1800 Lokomotiven und 63 504 Wagen, zur Uebernahme vorgesehen waren 4907 Lokomotiven und 105 528 Wagen, daher muß eine Konventionalstrafe deutscherseits abgelehnt und eine weitere Verlängerung der Frist für die Uebernahme des Verkehrsmaterials gefordert werden. Deutschland ist entschlossen, die Verpflichtungen des Waffenstillstandes loyal zu erfüllen, aber die Alliierten haben ihrerseits das Waffenstillstandsabkommen systematisch verletzt.

Mit Entrüstung erfüllt uns das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden in Elsaß-Lothringen. Alle Maßregeln der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen bewiesen, daß Frankreich darauf ausgeht, der Entscheidung des Friedensvertrages vorzugreifen und Elsaß-Lothringen zu annektieren, ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte Selbstbestimmungsrecht auch nur im geringsten gewahrt wird.

Derselbe Protest muß gegen das von der Entente angebotene oder vielmehr aufgezwungene Finanzabkommen erhoben werden, das Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente auslieferte. Zum Schluß lege ich der Entente drei Fragen vor.

Die erste lautet: Wann werden Sie die Blockade aufheben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag und vom Stande der Ernährung wird es zum großen Teile abhängen, wie die innerpolitische Lage in Deutschland sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es ertragen, waffenlos zu werden, aber es würde es nicht ertragen, brotlos zu sein. Der Hunger würde einen seelischen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Ich warne Sie! Auch Ihre Völker sind nicht geistig gegen die Weltrevolution. Die zweite Frage: Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen ausgehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Regelung der Rückführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Präliminarfrieden erfolgen. So führt die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir in der Lage sein, den Präliminarfrieden zu schließen? Mehr als schemal hat die deutsche Regierung versucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens einzuleiten und es ist keine Antwort erfolgt. Der Gewalt des Siegers stelle ich das ewige Recht des deutschen Volkes gegenüber auf Recht und Fortentwicklung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

35] Roman von Luise Westkirch

10.

Gerd war in seine Kammer gestürmt und hatte die Tür hinter sich zugeschlagen. Er fürchtete das heiße Clüverblut.

Malle blieb wie versteinert auf dem Fleck stehen. Gleich einem Messer waren seine Worte ihr durchs Herz gegangen. Nie hätte sie geglaubt, daß Worte so weh tun könnten. Der einzige Mensch, der sich ihr gütig erzeigt hatte, der einzige Mensch, dem sie Gutes wünschte — er fluchte der Stunde, da sie in sein Haus gekommen war! Oh, er hatte nicht nötig, der Stunde zu fluchen. Wer gekommen ist, kann auch wieder gehen, für immer und unwiderruflich gehen. Sie wollte nicht leben, wenn Gerd Clüver ihr fluchte.

In einem jähen Emporschleudern der Arme löste sich ihre Versteinerung. Sie begann zu laufen. Fast hätte sie Wöbke umgerannt, die lastig am Gartenzaun daherhumpelte. Auch Wöbke hatte Eva kommen sehen.

„Dern! Dern!" rief die alte Magd erschrocken. „Du siehst ja aus, als hätt'st den leibhaftigen Dot begegnet!"

Ohne zu hören, rannte Malle weiter mit einem Blick, der die Dinge vor ihren Augen nicht sah. Sie rannte die Ackerfurche entlang über den Wümmesteg, den schmalen, kaum erkennlichen Pfad durch das hohe knospende Kraut, durch jungen Birkenbusch, vorüber an Gesches Richtfeuerstelle, auf der die Torfe vom letzten Abend noch matt schwelten, vorüber an der einsamen Birke, unter der Hemmo Clüver am letzten Abend seines Lebens gestanden hatte — dorthin, wo die baum- und strauchlose Fläche sich breitete, aus der das Schilf seine spitzen Schwertblätter emporreckte, wo das Flockengras wehte und falsche rote Beeren lockten — dorthin, wo die Erde Menschen verschlang.

Atemlos vom raschen Lauf, blieb Malle am Rand stehen. Auf den schon grau gewordenen Flockengräsern des letzten Jahres lag ein blutroter Strahl der tiefstehenden Sonne, als stiege vom Grunde herauf das Blut derer, die ermordet in das Schlammbett gesunken waren. Viele mochten dort schlafen, blutig und unblutig. In Nebelnächten hatte Gesche Wittkopp sie heraufsteigen sehen, grimme Reiter in Trachten, die niemand mehr trug, mit Schwertern von vergessenen Formen weiter kämpfend gegen den Feind, den das Moor mit ihnen zugleich verschlungen hatte — verirrte Wanderer, Händler, braune Katern, Burschen in der Kraft ihrer Jahre von Rohenhuhlern versenkt. Auch Frauen schwebten im blassen Mondlicht empor in langen Schleiern, verunsichert auf eiliger Flucht in vorgeschichtlichen Kriegen — verlassene Dirnen, blasse Kindercken im Arm und in verglasten Augen das ungestillte Verlangen noch dem nicht zu Ende gelebten Leben.

Mit den andern würde Malle sich drehen im Geisterreigen, ewig gebannt an den Sumpf. Sie fürchtete sich nicht davor. Sie liebte die schweigsame, rätselhafte Mitte des Moores, in der sie jedes Pflänzchen kannte, jede Lichtwirkung im bunten Abendhimmel.

Noch einen Blick warf sie zurück nach Gerd Clüvers Strohdach. Dann hob sie den Fuß zum Schritt ins Bodenlose.

Da bannte sie ein Gedanke. Ganz geinsam stand Gerd Clüver inmitten einer Schar von tückischen und gewissenlosen Feinden. Und Wöbkes Augen waren nicht hell genug, um die Gefahr für ihn von weitem zu erspähen, und ihre Füße nicht flink genug, zu seinem Schutz zu laufen. Er mußte jemand haben, der wie ein treuer Hund ihn heimlich bewachte, ihn behütete vor dem Haß der Fünfhausener, und vor den Netzen der schönen Eva, die gefährlich war wie das Moor selbst.

Wenn sie, Malle, jetzt von ihm ging, dann würde er bald mit ihr den Schattenreigen tanzen über dem Sumpf. Und er sollte doch leben im Sonnenlicht! Ein starkes, langes, glückliches Leben!

Malle ließ sich in das hohe Kraut niedersinken. Die furchtbare Ueberspannung ihrer Seele löste sich in einem Strom von Tränen.

Die Sonne war gesunken, weiße Nebelschwaden stiegen auf, bedeckten bis zu halber Mannershöhe den Erdboden. In diesen weißen Schwaden, wie in einem milchigen See, schwamm Gesches Häuschen, während in seinen winzigen Scheiben in feurigem Glast noch das letzte Abendrot sich spiegelte. Wie eine rettende Arche auf den Wogen der Sündflut erschien es der von biblischen Bildern erfüllten Phantasie Melles. Sie sah in der Flettür die Alte selber stehen. Als unklug galt sie den Klinkerbergern. Aber sie war ein Mensch. Und im Grauen ihrer Verlassenheit lief Malle mit weiten Schritten auf sie zu.

„Gesche! Mudder Gesche!" Es war ein Hilferuf.

Die alte Frau schien nicht verwundert.

„Bist du das, Malle — mein liittje Dern? Willst zu Mudder Gesche? Denn komm man, komm."

Sie faßte die Hand der Dirne, zog sie über die Schwelle. Das Häuschen war klein und schief und hatte nur einen einzigen Raum, in dem Mutter Gesches Ziege, ihre Hühner, ihre zahmen Ringelnattern, ihr Wandbett, der Kessel über dem Feuerloch, die Schüsseln auf dem Wandbort, Spinnrad und Schaukeln und gar verschiedenartiges Gerät sich miteinander vertrugen — nicht sauber geputzt und in straffer Ordnung aufgereiht, wie in Wöbkes Reich im Clüverhof, sondern mit einer reichlichen Schicht von Ruß und Staub überzogen und über jeden Zoll des Estrichs durcheinander gestreut und gewürfelt.

Mutter Gesche rückte aus dem Wust einen Schemel neben die Torfglut, schob vorsorglich einige Ringelnattern, die sich am Herdbrand wärmten, aus dem Bereich von Malles Holzschuhen, setzte sich selbst in den Strohsessel mit den zerrissenen blaugewürfelten Kissen und sagte, indem sie Malles Hand streichelte:

„Mein Döchtcha, nu sprich dich aus. Sprich dich das swere Herz leicht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901161-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 16 Januar

Demokratische Partei und Sozialdemokratie

Je näher der Wahltag heranrückt, desto peinlicher werden den Ortsgruppen der Demokratischen Partei die Tatsachen, daß diese Partei in den Räumen des Berliner Tageblatts gegründet wurde und dessen Chefredakteur Theodore Wolff der geistige Vater der Partei ist. Das konnte zweifellos nicht ohne nachteilige Folgen für das Ansehen der Partei im Lande — wohlgemerkt: nicht in Berlin! — bleiben. Denn der Demokratischen Partei sind, da sie als erste politische Neugründung nach der Revolution auf den Plan trat und sich als Vertreterin des Bürgertums ausgab, zahlreiche gut nationalgesinnte Männer und Frauen beigetreten, von denen auch später ein Teil in der Partei blieb, als deren eigentliche Tendenzen weiteren Kreisen bekannt wurden. Diese Männer und Frauen blieben in der ausgesprochenen Absicht in der Partei, um gegenüber den internationalen Tendenzen ein nationales Gegengewicht zu bilden. Der eigentliche Geist der Partei ist international-sozialistisch-großkapitalistisch, und die Partei als solche fühlt sich nicht als bürgerliche Partei. Das haben deren Wortführer des öfteren ausgesprochen.

Wenn nun der Hallesche Ortsverein der Demokratischen Partei diese ganz offenkundigen Tatsachen zu verdecken sucht, so wird er dazu zweifellos von der Angst getrieben, es könnten ihm die deutschnational gesinnten Mitglieder noch in letzter Stunde den Rücken kehren. Recht abweig ist die Frage des hiesigen Organs der Partei, der „Saale-Zeitung", ob wir einigen namentlich aufgeführten Mitgliedern der Demokratischen Partei deutsches Nationalgefühl absprechen wollten. Wir haben ja ausdrücklich hervorgehoben, daß ein Teil gut deutscher Männer und Frauen in der Demokratischen Partei verblieben ist. Bei Herrn Professor Adderhalden gestatten wir uns den Hinweis auf dessen schweizerische Nationalität. Wenn die hiesige Demokratische Partei unseren Nachweis der internationalen und sozialistischen Tendenzen innerhalb der Gesamtpartei als „infame Art" bezeichnet, so bringt sie damit zwar zum Ausdruck, daß ihr angesichts der Wahlen die Entstehungsgeschichte der Partei außerordentlich peinlich ist, daß sie aber andererseits durch solche Polemik gerade beweist, was sie ebenfalls verdecken wollte, nämlich ihre innere Verwandtschaft mit der Sozialdemokratie, die so weit geht, daß sie sich selbst auf den Ton der Polemik erstreckt.

Wenn die hiesige Demokratische Partei weiter erklärt, sie trenne sie von der Sozialdemokratie eine Kluft der Weltanschauung, so wird sie doch wohl auch die Bemühungen der Herren Direktor Zell und Professor Wernicke auf ein Zusammengehen der Demokratischen Partei mit den Mehrheitssozialisten bei den Wahlen auf das Schärfste verurteilen. Leider ist solch ein Protest öffentlich nicht bekannt geworden. Nach den Verhandlungen in einer Soldatenversammlung sollen dem Soldatenratsmitglied Kiehling von bürgerlicher Seite sogar 75 000 bis 100 000 Mark angeboten worden sein, wenn er dafür sorgte, daß die Regierungssozialisten mit den Bürgerlichen zusammengehen. Dies Angebot haben, wie das hiesige Regierungsorgan, das „Volksblatt", mitteilt, die Herren Zell und Wernicke vermittelt. Es wäre doch wünschenswert, daß die Demokratische Partei dagegen entschieden protestierte, damit ihre Behauptung, es trenne sie von der Sozialdemokratie eine Kluft der Weltanschauung, nicht gar so hohl klinge.

Ist die Deutsche demokratische Partei eine Volks-Partei?

In der letzten Zeit fällt es auf, daß die Deutsche demokratische Partei, sobald sie sich der Deutsch-nationalen Volkspartei liebevoll annimmt — was nicht allzu selten geschieht — in den Wählermassen dadurch Zweifel zu erregen versucht, ob letztgenannte Partei auch wirklich eine Volkspartei sei, daß sie Volk oder Volkspartei in Anführungszeichen wiedergibt. Zwar gehört solches in das Kapitel der kleinlichen und unehrlichen Kampfmittel und man könnte lächelnd darüber zur Tagesordnung übergehen. Immerhin halten wir es jedoch für geboten, einmal öffentlich die Frage aufzuwerfen, ob denn eine Partei der: Th. Wolf, Chefredakteur des Berliner Tageblattes, Staatssekretär a. D. Dernburg, Gothein, Wiemer und der überwiegende Teil Berlin W's, die Hintermänner der Frankfurter Zeitung usw., Ziel und Richtung geben, sich etwa mit größerem Rechte als deutsche und demokratische bezeichnen kann, als das in Wirklichkeit bei der Deutsch-nationalen Volkspartei der Fall ist? Eine erschöpfende Antwort würde sehr wesentlich zur Klärung der Verhältnisse beitragen. Es wird daher um Aufklärung gebeten.

Deutschnationale Volkspartei

In den Germania-Sälen sprachen am Dienstag die Kandidaten für die preußische und deutsche Nationalversammlung Rektor Herrmann-Friedersdorf und Dr. Carlsson. Rektor Herrmann verbreitete sich unter großem Beifall über das Thema: Revolution und Beamtenschaft und wies in seinen sachlichen Ausführungen nach, wie durch die Umwälzung gerade der Beamte am schwersten leiden wird und muß. Die hohen Lohnforderungen der Arbeiter, die ein allgemeines Anziehen der Preise in steigendem Maße verursachen werden, müssen auch zu neuen Forderungen der Beamten führen, die aber aus Mangel an Mitteln bei der gänzlichen Verarmung unseres Staates auf die Dauer nicht mehr erfüllt werden können. Die immer weiter vorwärtsstreitende Entwertung unseres Geldes wird auch die Ursache sein, daß wir Lebensmittel nur zu enormen Preisen ins Land bekommen werden, die der Beamte bei seinem künftigen Gehalt nicht wird bezahlen können. Durch die jedes Maß übersteigenden Lohnforderungen verfliegen nach und nach alle Einnahmequellen des Staates. Redner zeigte an der Eisenbahn, unserer bisherigen besten Einnahmequelle, wie die Lohnforderungen in schreiendem Mißverhältnisse zu dem Werte derselben stehen. Das muß zum Bankrott führen. An Heer und Schule wird der Vortragende ferner nach, wie die unsinnigen Forderungen der Beamten und Arbeiter oft selbst die Einnahmequellen verstopfen, aus denen ihre Zuwendungen fließen. So wird das Milliarden kostspieliger werden als unser bisheriges Volksheer, die Staatsschule den Staatssäckel erheblich mehr belasten als unsere jetzigen Gemeindeschulen. Muß aber der Staat, der durch den Friedensschluß noch seine wertvollsten Provinzen verlieren wird, für obige Zwecke größere Aufwendungen machen, dann können für die Beamten nicht die Mittel bereitgestellt werden, die zu ihrer ausreichenden Entlohnung notwendig sind. Dasselbe gilt von der Einheitsschule, die dem Staate gewaltige Lasten auferlegen wird, für die Deckung schwerlich zu finden ist. Der Redner wurde oft durch stürmische Zustimmungen unterbrochen und erntete für seine packenden Ausführungen am Schlusse sich immer wieder erneuernden Beifall.

Sozialsekretär Dr. Carlsson-Halle sprach danach über „Sozialpolitik im neuen Deutschland". Am Schlusse dankte dem Redner lebhafter Beifall für seine feinen, von echter sozialer Gesinnung getragenen Ausführungen. Eine lebhafte Aussprache mußte wegen der vorgerückten Zeit dann abgebrochen werden. Die beiden Redner fanden durchweg die Zustimmung der Versammlung. Der große Raum der Germaniasäle war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Kriegsfreiwillige, wahrt euer Wahlrecht!

Kriegsfreiwillige, die sich zur Verwendung außerhalb des Ortes, in dem sie in die Wählerliste eingetragen sind, zur Verfügung stellen und noch vor dem Wahltage in einen anderen Ort abkommandiert werden, können sich die Ausübung ihres Wahlrechts nur dadurch sichern, daß sie sich vor dem Wechsel ihres Aufenthaltsorts von der Gemeindebehörde, in deren Wählerliste sie eingetragen sind, aus der Liste löschen und darüber eine Bescheinigung ausstellen lassen. Auf Grund dieser Bescheinigung können sie sich bis zum Wahltage von der Gemeindebehörde ihres neuen Aufenthaltsortes in die Wählerliste eintragen lassen und dort das Wahlrecht ausüben. § 6 der Wahlordnung sagt ausdrücklich: „Verlegt ein Wahlberechtigter seinen Wohnsitz nach einem anderen Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirkes auf Grund einer hierüber von der Gemeindebehörde auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirk seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen."

Kein Kriegsfreiwilliger sollte es versäumen, sich die Ausübung des Wahlrechts im neuen Aufenthaltsorte auf diese Weise zu erhalten. Dasselbe gilt natürlich auch für Zivilpersonen, die aus irgend einem Grunde ihren Aufenthaltsort, in dem sie in der Wählerliste eingetragen sind, bis zur Wahl wechseln. Auch sie müssen für Löschung ihres Namens aus der Wählerliste ihres alten Aufenthaltsorts Sorge tragen. Denn das Wahlgeschäft ist am 19. Januar die vornehmste Pflicht eines jeden deutschen Bürgers.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß Anträge auf Eintragung in die Wählerliste des neuen Aufenthaltsorts auf Grund der oben erwähnten Bescheinigung über die Löschung in der Wählerliste des früheren Aufenthaltsorts auch nach Ablauf der Auslegungsfrist und nach Schluß der Wählerliste bis zum Wahltage gestellt werden können.

Kriegskameraden!

Mit dem Schlagwort

„Die Armee steht hinter der Regierung Ebert"

geht die Sozialdemokratie auf den Stimmenfang in unseren Kreisen. Glaubt ihr nicht, fallt nicht darauf herein.

„Unter Wahrung der eigenen, politischen Ueberzeugung" haben sich Feldmarschall Hindenburg und Kriegsminister Schench

bis zur Neuordnung

der Regierung Ebert-Scheidemann zur Verfügung gestellt, um die Gefahren der Hungersnot, Anarchie und Fremdherrschaft zu bannen.

Die Nationalversammlung

bringt diese Neuordnung, also seid ihr frei bei eurer Stimmenabgabe und durch nichts gebunden.

Wer wahrhaft deutsch und national denkt, wählt nur die Liste der

Deutschnationalen Volkspartei

1. **Staatsminister a. D. Arthur Graf Posadowsky-Wehner in Naumburg a. S.,**
2. **Landwirt Richard Seibicke in Burkersroda Kreis Eckartsberga,**
3. **Sozialsekretär Dr. phil. Wilhelm Carlsson in Halle a. S.,**
4. **Bildhauerin Elisabeth Roediger-Wächtler in Halle a. S.,**
5. **Pfarrer D. Robert Pasche in Dieskau, Saalkreis,**
6. **Telegraphenbauführer Franz Puhlmann in Eisleben,**
7. **Schuhmacher-Obermeister Bernhard Arndt in Halle a. S.,**
8. **Lehrer Fritz Krusekopp in Lettin a. S.,**
9. **Prakt. Arzt Dr. med. Otto Stanze in Niesteds, Kreis Sangerhausen.**

Deutsch-Oesterreicher und Nationalversammlung

Zur Ergänzung des deutschen Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben und nicht bei entsprechender Anwendung von § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben das Recht, an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben.

§ 2. Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde Deutsch-Oesterreichs oder Oesterreich-Ungarns mit folgendem Inhalt ausgestellt wird:

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname) . . . . . geboren am . . . . . (Stand oder Gewerbe) . . . . . wohnhaft in . . . . . wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er ein Angehöriger der deutsch-österreichischen Republik ist und keine Umstände bekannt sind, wonach er bei entsprechender Anwendung des § 4 des deutschen Wahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) vom Wahlrecht ausgeschlossen sein könnte.

(Dienstsiegel.) (Bezeichnung der deutsch-österreichischen oder österreichisch-ungarischen Gesandtschafts- oder Konsularbehörde.)

(Unterschrift.)

§ 3. § 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik keine Anwendung.

§ 4. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat dem Wähler die Bescheinigung vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen. Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigefügt; ihre Zahl wird in dem Ubschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 5. Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

— **Kohlenbezugsscheine.** Der Magistrat verordnet: Alle vor dem 1. Oktober 1918 ausgestellten und bis jetzt noch nicht oder nur zum Teil belieferten Kohlenbezugscheine über Brennstoffe aller Art für Gewerbebetriebe, Geschäfte, Behörden, Anstalten und Zentralheizungen in Privathäusern verlieren mit dem 17. d. M. ihre Gültigkeit. Den Kohlenhändlern, Genossenschaften, Kohlenbezugsvereinigungen ist verboten auf solche Kohlenbezugsscheine nach dem 17. d. M. Brennstoffe zu liefern. Den Verbrauchern, die noch im Besitz solcher Kohlenbezugsscheine sind, ist verboten, hierauf Brennstoffe sich liefern zu lassen. Händler, Bezugsvereinigungen, Genossenschaften und Verbraucher werden aufgefordert, die vorgenannten Kohlenbezugscheine bis zum 23. d. M. an die Ortspolizeistelle abzugeben. Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

— **Lehrerversammlung.** Die beiden letzten Versammlungen der Lehrer der höheren Anstalten Halles beschäftigten sich mit den Parteiprogrammen der verschiedenen politischen Parteien. Direktor Schmidt konnte mitteilen, daß zu dem bekannten Protest der Hallenser Schulen gegen den Erlaß über den Religionsunterricht noch weitere Zustimmungen und Kundgebungen aus Seehausen und Mühlhausen eingelaufen seien. Studienassessor Sellheim verglich und entwickelte die Programme der deutsch-nationalen und deutsch-demokratischen Partei nach den Gesichtspunkten: Monarchie und Republik, Frauenstimmrecht, Kirche und Schule, Finanzen und Steuern, Sozialisierung, soziale Fürsorge, Mittelstand, Landwirtschaft, Beamten und Militärpersonen, Abrüstung. An die einzelnen Punkte schloß sich eine z. T. sehr lebhafte Aussprache. Studienassessor Haas sprach über das Erfurter Programm und stellte fest, daß es in der Gegenwart von beiden sozialdemokratischen Parteien aufgegeben sei, dadurch, daß die Mehrheitssozialisten die Unmöglichkeit einer sofortigen Sozialisierung in der Praxis erkannt hätten, die Unabhängigen dagegen gar keine Demokratie, sondern eine Diktatur erstreben. Im Erfurter Programm ist ein verkappter Atheismus enthalten. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, daß der Parteikampf in sachlicher Weise geführt werden möchte. Das Bürgertum braucht Einigung, aber nicht Trennung. Es ist keine Frage, daß die beiden Versammlungen der gegenseitigen Verständigung gedient haben.

— **Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle** teilt uns mit, daß er ärztliche Sprechstunden für den Mittelstand eingerichtet hat. Anmeldung in der Sprechstunde der Schwestern täglich von 3—4 Uhr (Salzgrafenstr. 1). Der Verein hofft, daß diese Einrichtung recht reichlich benutzt wird. Für die Mittelstandsangehörigen kommt ebenso wie für die sonstigen Pfleglinge der Fürsorgestelle in Frage: ärztliche Untersuchung und Beratung (nicht Behandlung), Beihilfen zur Durchführung von Heilanstaltskuren für Erwachsene und Kinder, sonstige Beihilfen bei Erkrankungsfällen an Tuberkulose, Wohnungsbesuche durch die Schwestern. Nach Möglichkeit ist eine Ueberweisung durch den Hausarzt mitzubringen. Als Mittelstandsangehörige in diesem Sinne werden alle Familien betrachtet, deren Ernährer Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlen oder solche, die diesen gleich zu erachten sind.

— **Vortrag.** Das Thema, über das Professor v. Drigalski am Donnerstag, dem 16. Januar, abends um 8 Uhr, im den Thaliasälen sprechen wird, heißt: „Zur inneren Erneuerung der politischen Parteien". Die beiden vorangehenden Redner werden ebenfalls sehr interessieren, so daß es sich empfiehlt, rechtzeitig zu erscheinen.

— **Aus der Domgemeinde.** Donnerstag, den 16. d. M., abends 8½ Uhr versammelt sich der Calvin-Verein zu einem zwanglosen Beisammensein im Domgemeindehause Kl. Klausstraße 12. Alle männlichen Mitglieder der Domgemeinde, auch Gäste, sind herzlich willkommen.

— **Die Rohbaumaurerarbeiten zum Neubau der Volksschule in Trotha** auf dem Krähenberge kommen demnächst zur Vergebung. Nähere Auskunft erteilt das städtische Hochbauamt, Rathausstraße 6.

*

— **Kothe-Abend.** Getreu dem Grundsatz: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, hatte Robert Kothe für seinen Sonatenabend am Dienstag eine Reihe gehaltvoller ernster Gesänge und feiner lyrischer Lieder mit mehreren Scherz- und heiteren Gesellenliedern zu einer Vortragsfolge zusammengestellt. Unterstützt durch meisterhafte Begleitung, trug die packende Mimik, die besonders bei einigen Scherzliedern, u. a. bei dem spaßigen: Ich wollt' ein Weible nehma . . . zur Geltung kam, nicht wenig dazu bei, daß die Verbindung zwischen Künstler und Zuhörern, die den Saal bis auf den letzten Platz füllten, bald hergestellt war. Sei es ein derb-fröhliches Abschiedslied wandernder Gesellen oder das feinempfundene Abendlied: Zwischen Abend und Nacht, stets wußte Kothe die richtige Vortragsweise zu finden. Leider aber immer mit so kurzer Pause, daß ein eben gesungenes Marienlied noch nachklang, während bereits ein neues Spottlied zum Vortrag gelangte. Nach Schluß der diesmaligen 15. Folge machte niemand Anstalten zu gehen in der sicheren Hoffnung auf einige Zugaben. Wußte man doch von früher her, daß sie nicht getäuscht werden würde. Und so schenkte Kothe seinen Zuhörern noch das prächtige Sonne und Regen und den „Graf von Eberstein". Wenn mir Kothe auch etwas alt geworden zu sein scheint, seine jungfrische Stimme hat er behalten; als Alterserscheinung kann er aber das eine verbuchen: die Wärme seines akkordschönen Spiels scheint immer besser geworden zu sein, glühend oft, wie ein Wein, den das Alter duftiger und besser macht.

Lothar Heberer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901161-10/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Aus der Deutschnationalen Volkspartei

1. **Genthin**, 14. Januar.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt ihre zweite öffentliche Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Dr. Kammradt leitete die Versammlung und führte aus, daß die anwesenden Gegner, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, die Ueberzeugung gewinnen würden, daß die Deutschnationale Volkspartei alles einsetzt für das Wohl des Vaterlandes. Trotz der arbeitlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien sei es gelungen, die Listen zu verbinden. Es sei notwendig, den konservativen Gedanken auch in den neuen Staat mit hinüberzunehmen, denn konservativ heißt erhalten. Der den Konservativen gemachte Vorwurf, sie seien für die in der Kriegswirtschaft gemachten Fehler verantwortlich, wies der Vorsitzende zurück und erteilte sodann Dr. Kaufhold-Berlin das Wort zu seinem Vortrage. Der Redner erörterte u. a. die Schuldfrage am Kriege, die nicht einzelnen Personen zuzuschreiben sei. Ein großer Fehler war es, daß wie die Bismarcksche Politik verlassen und uns um den Balkan kümmerten, der nach Bismarcks Ausspruch nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert ist. Jetzt heißt es, zur Nationalversammlung zu wählen. Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht. Bezüglich der Staatsverfassung hat die Nationalversammlung die wichtige Entscheidung zu treffen: Republik oder Monarchie. Wird erstere beschlossen, so werden die Konservativen trotzdem weiterarbeiten an dem Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Kriegswirtschaft in ihrer jetzigen Form muß aufhören. Die Deutschnationale Volkspartei vertritt die Interessen des ganzen Volkes. Die Wiederwahl unseres bisherigen, jetzt an erster Stelle auf der Liste stehenden Vertreters Martin Schiele-Schollene ist sicher. Mit der Mahnung, vollzählig sich an der Wahl zu beteiligen, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

*

Politische Vergewaltigung

Erfurt, 14. Januar.

Hier haben Spartakusunruhen begonnen. Die Demonstranten bildeten einen großen Zug, besetzten das Wahlbüro der Deutschnationalen Volkspartei und warfen aus deren Wahlbüros Flugschriften auf die Straße und verbrannten sie. Der „Erfurter Allgemeine Anzeiger" ist von Spartakisten besetzt worden. Die Demonstrationen dauern fort.

Gotha, 14. Januar.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzte hier einen gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gerichteten Sympathiestreik ins Werk. Ein großer Demonstrationszug, dem sich auch Teile des Militärs angeschlossen hatten, zog vor die Gebäude der bürgerlichen Zeitungen und verhinderte die Ausgabe von Tagesblättern, wobei das Betriebsmaterial teilweise in Unordnung gebracht wurde. Nach einer Demonstrationsversammlung auf dem Hauptmarkt traf ein Zug der Demonstranten bald nach 11 Uhr vor dem Druckereigebäude der Firma Friedrich Andreas Perthes A.-G. ein und verlangte durch stürmische Zurufe von der Straße aus die sofortige Einstellung der Arbeit. Die Führer begaben sich in das Kontor der Druckerei, woselbst Direktor Klotz und Schriftleiter Bittner anwesend waren. Sie forderten: 1. daß der Betrieb für den Sonnabend alsbald eingestellt werde, 2. Herausgabe der zurzeit in der Druckerei befindlichen Flugblätter, 3. eine Erklärung über die Haltung der Zeitung bis zur Wahl der Nationalversammlung, und zwar durch einen bevollmächtigten Vertreter derselben vor der den Hof der Druckerei füllenden Menge. Direktor Klotz ging mit einem Vertreter des Arbeiterrates in die Druckereiräume, wo dieser das Personal aufforderte, mit in den Sympathiestreik einzutreten. Direktor Klotz stellte dem Personal anheim, sich zu entscheiden, ohne irgend einen Nachteil dadurch befürchten zu müssen. Darauf wurde der Betrieb eingestellt; die am Sonnabend fällige „Gothaische Zeitung" konnte das von der Regierung der Volksbeauftragten selbst herausgegebene Regierungsblatt konnten daher nicht erscheinen. Die zur Beisage der Nummer der „Gothaischen Zeitung" bestimmten Flugblätter wurden ausgeliefert und von den Demonstranten in der Marienstraße verbrannt. Der im Fabrikhofe angesammelten Menge erklärte ein Mitglied des Arbeiterrats, daß gemäß den vorhergegangenen Verhandlungen der verantwortliche Schriftleiter der „Gothaischen Zeitung" gegenwärtig eine Erklärung abgeben würde. Schriftleiter Bittner gab darauf folgende Erklärung ab: „Ich erkläre, daß die Zeitung weiter wahrheitsgemäß berichten wird, ohne Winkelzüge, ohne Ansehen der Partei." Darauf forderten die Führer die Menge auf, das Grundstück zu verlassen, was auch langsam geschah.

— **Teuchern**, 14. Jan. (Die von der Beamtenvereinigung) einberufene Versammlung war von etwa 100 Beamten besucht. Es wurde der Anschluß an den Deutschen Beamtenbund beschlossen. Die Zeitschrift dieses Bundes, die jeden Monat zweimal erscheinende „Gemeinschaft", wird ständig in Bertholds Restauration ausliegen. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Beamtenvereinigung von Teuchern und Umgegend sieht in der Bildung einer besonderen Beamten-, Angestellten- und Mittelstandspartei eine Zersplitterung und Verwirrung der Beamtenschaft. Sie sucht vielmehr in Uebereinstimmung mit den vom Deutschen Beamtenbunde gegebenen Richtlinien für die Gründung von Ortskartellen des deutschen Beamtenbundes auf dem Standpunkt, daß es für die Beamtenschaft am vorteilhaftesten ist, wenn Vertreter derselben in allen Richtungen vorhanden sind. Sie vermirft daher auch den Gedanken, alle ihre Mitglieder auf eine der bestehenden politischen Parteien zu verpflichten. Die Beamtenvereinigung Teuchern macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, mit den wahlberechtigten Familienmitgliedern bestimmt vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Da die bürgerlichen Parteien im Wahlkreise Merseburg in ihren Kandidatenlisten zur deutschen Nationalversammlung Vertreter der Beamtenschaft an aussichtsreicher Stelle aufgenommen haben, empfiehlt die Beamtenvereinigung Teuchern und Umgegend ihren Mitgliedern die Stimme bei der Wahl einer dieser Parteien zu geben. Eine für den Hilsbund vertretener Elsäßer veranstaltete Sammlung ergab den Betrag von 64 M. Zu den hier angeregten Buchführungskursen sind 50 Anmeldungen eingegangen, so daß zwei Kurse nebeneinanderlaufend abgehalten werden sollen. Die Einrichtung ist beim Rektoren Langerkamp und Neumann übertragen worden.

— **Beesenlaublingen**, 12. Jan. (Der Parochialverein), der in diesem Jahre sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen feiern wird, soll von jetzt ab den Namen Deutsch-evangelischer Verein führen. Die Versammlungen sind immer zahlreich besucht, hochinteressant und lehrreich.

2. **Bernburg**, 14. Jan. (Der Gemeinderat ist wieder verhandlungsfähig!) Zum ersten Male nach 4½ Jahren war er gestern in dem ersten anberaumten Sitzungstermin beschlußfähig. Bisher mußte immer erst eine zweite Sitzung anberaumt werden, die dann nach der Gemeindeordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen Beschlüsse fassen konnte. Entsprochen wurde einem Gesuch des Theaterdirektors Tewis um Ueberlassung des Stadttheaters für Opern-, Operetten- und Schauspielvorstellungen unter Bewilligung einer monatlichen Subvention von 1500 Mk. für mindestens 16 Vorstellungen. Bei der Kohlennot unseres Gaswerks — heute ist wieder die vollständige Gassperre eingetreten — haben wir schon seit langem keine Straßenbeleuchtung mehr. Man wollte zunächst auf dem Wege von der Waldauer Brücke bis zum Bahnhof eine Anzahl elektrischer Lampen anbringen, ist aber nun dahin gekommen, unter Abänderung der Bestimmungen über Einstellung der Schaufensterbeleuchtung mit einer Anzahl von Geschäftsinhabern ein Abkommen zu treffen, das diese verpflichtet, ihre elektrische Schaufenster- oder Außenbeleuchtung bis zu einer bestimmten Abendstunde in Betrieb zu lassen. Soweit nötig, wird die Stadt den Bezugspreis für den elektrischen Strom bezahlen. Auf diese Weise wird ein erheblicher Preis für die Installation der Lampen gespart. Die Verhandlungen mit der hiesigen Straßenbahngesellschaft haben dahin geführt, daß die Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn mit allen Mitteln angestrebt wird. Die Freigabe von Kupferdraht ist bereits beantragt und zu erwarten. Einem Gesuch des Elektrizitätswerkes um Zustimmung zur Erhöhung des Strompreises um 2½ Pfg. pro Kilowattstunde wurde unter der Bedingung entsprochen, daß die Inbetriebnahme der Straßenbahn bis 1. Juni dieses Jahres erfolgt. Schließlich stimmte der Gemeinderat einem vom Magistrat vorgelegten Statut für das zu errichtende Mietseinigungsamt zu. Die Stadtverordneten hatten vorher eine Sondersitzung abgehalten, in der der Vorsteher und sein Stellvertreter wiedergewählt wurden. Den Mitgliedern des Magistrats, die bisher bei allen Zuwendungen an die Beamten leer ausgegangen waren, wurden Teuerungszulagen bewilligt.

g. **Dieskau** (Saalkreis), 14. Jan. (Ein dreister Einbruchsdiebstahl) wurde in vergangener Woche in dem Haushalt der Frau W. hier noch ausgeführt. Um unbemerkt das Vorhaben ausführen zu können, hatten die Diebe zuvor die elektrische Klingelanlage abgestellt, erbrachen dann die Viehställe, aus denen ihnen zwei Gänse und drei Kaninchen in die Hände fielen. Unerkannt sind sie dann mit der Beute entkommen.

g. **Canena** (Saalkreis), 14. Jan. (Einbruchsdiebstahl.) Mittels einer Leiter, welche aus einer Behausung in Bruckdorf entwendet worden war, statteten Diebe kürzlich nachts der Gastwirtschaft Baumeier hier einen Besuch ab, stiegen in das Gebäude und hielten die verschiedensten Gegenstände mitgehen. Leider konnten auch in diesem Falle die Diebe nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

pk. **Eisenach**, 14. Jan. (Eisenach als Garnisonstadt.) Unsere Stadt besitzt jetzt wieder ein neu aufgestelltes Bataillon der 94er. Am Sonntag vormittag traf das zweite Bataillon der 94er, bestehend aus 1 Hauptmann, 4 Offizierstellvertretern und 140 Mann, neu aufgestellt hier ein und wurde am Bahnhof von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates, sowie unserem Gemeindevorstand und Gemeinderat offiziell begrüßt. Wie verlautet, wird das dritte Bataillon gleichfalls neu aufgestellt und kommt nach Jena, während das erste unter Major von Griesheim in Weimar verbleibt.

— **Ziegenrück**, 14. Jan. (Saalekalksperre.) Der hiesige Arbeiter- und Bürgerrat hat in Sachen der Saalekalksperre ein Gesuch an den Bezirksausschuß nach Erfurt gerichtet und diesen gebeten, die Genehmigung zur Ausführung der Heißzellenanlage in Ziegenrück baldigst zu erteilen. Die Pläne liegen bereits seit dem 8. Januar 1918 bei der dortigen Instanz und noch fehlt jeder Bescheid!

y. **Nordhausen**, 14. Jan. (Streik.) Die sämtlichen Arbeiter des hiesigen Elektrizitätswerkes legten gestern früh die Arbeit nieder, weil die Verwaltung ihre Lohnforderungen (für die Stunde für gelernte Arbeiter 1,30 Mk., für ungelernte Arbeiter 1 Mk., für weibliche Beschäftigte 75 Pfg.) nicht bewilligen wollte. Da eine Einigung durch Vermittlung des Bürgermeisters Becker und Stadtrats Herzer zustande kam und die Forderungen der Arbeiter fast durchgängig bewilligt wurden, so fand der Streik ein rasches Ende.

y. **Nordhausen**, 14. Jan. (Ein Einbruchsdiebstahl) ist in einer der letzten Nächte in der Tabakfabrik von Georg Redderseu verübt worden, bei dem die Diebe etwa 1 Ztr. Kautabak gestohlen haben.

K. **Bitterfeld**, 14. Jan. (Diebstahl.) In einem Gasthause wurde einem Durchreisenden die Ledertriefsache mit 450 Mk. in Kassenscheinen und den Papieren gestohlen. — Dann wurde in ein außerhalb der Stadt belegenes Fabrikgrundstück ein Einbruch ausgeführt und im Werkstattgebäude sämtliche Schränke erbrochen. Was die Diebe dabei erbeutet haben, ist noch nicht genau festgestellt.

„H. J."-Sportberichte

— **Eine Mustermannschaft** soll nach einem Antrag Diem im Verband Berliner Athletik-Vereine als ständige Einrichtung gegründet werden. Jeder Verbandsverein hat das Recht, bis zu 10 Jugendmitglieder im Alter von 17 bis 20 Jahren, sowie ein Führermitglied im Alter bis zu 80 Jahren zu stellen. Die Verpflichtung zur Teilnahme dauert ein Jahr und zwar im Winter auf eine zweistündige, im Sommer auf zwei zweistündige Uebungen in jeder Woche. Zweck der Ausbildung ist die Beherrschung der Technik aller Uebungen, Kenntnis der theoretischen Voraussetzungen und Befähigung zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Die so ausgebildeten jungen Leute sollen in ihren Vereinen gewissermaßen Vorturnerdienste tun.

— **Wiederaufbau kleinerer Sportvereine.** Der Vorstand des Verbandes Berliner Athletik-Vereine ist jetzt mit dem Wiederaufbau der während der Kriegszeit eingegangenen kleineren Verbandsvereine beschäftigt. Bisher haben die Wiederaufnahme ihres Betriebes angemeldet: Argo-Charlottenburg, Asteria, Berliner Athletik-Club, S. C. Bernau, Turnverein Nordwest, Sport-Club 1900, Vorstädtischer Turnverein, S. C. Zehlendorf und Meteor 1910.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild

Berlin, 15. Januar.

Die erste Börsenversammlung nach der Berliner vollen Woche bewies, daß die an den deutschen Börsenplätzen während dieser Zeit hervorgetretene vorwiegend ruhige und nüchterne Beurteilung der unerfreulichen Vorgänge auch von der Berliner Börse geteilt wird. Die Grundstimmung war daher bei Eröffnung des Verkehrs recht vertrauensvoll in bezug auf die weitere Entwicklung der innerpolitischen Lage. Gemäß an den Schlußkursen vom 4. Januar zeigten die Preise führenden Werte durchweg kräftige Erholung. Das Gesicht hielt sich in ziemlich engen Grenzen. Am Anlagemarkte bemerkenswert die großen Umsätze in Kriegsanleihen, die scheinend zur Entrichtung von Steuern stärker gekauft wurden. Für heimische alte Renten sind die Kurse gut behauptet. Ausländische Renten notierten durchweg niedriger infolge Schwierigkeiten bei der Verwertung der Zinsscheine infolge des Finanzabkommens mit der Entente. Oesterreichische und ungarische Renten setzten ihre Kurserholungen im Einklange mit Wien weiter fort. Begünstigt waren heute besonders österreichische Werte.

Produktenbericht

Berlin, 15. Januar.

Infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse zeigte sich am hiesigen Produktenverkehr nur sehr beschränkte Kauflust für Ware auf Abladung. Besonders in Futterstoffen ist dies zu bemerken, wo sich die Nachfrage in erster Linie auf greifbare Ware richtet. So sind Futterröben bei einigermaßen guter Qualität und besseren Preisen leicht unterzubringen. Stärkeres Angebot bestand in weißen und gelben Kohlrüben, deren Freigabe die verschiedenen Stellen auch bereit zu sein schienen. Am Handel mit Klee- und Grassämereien ist kaum etwas verändert. Das Angebot bleibt knapp, der auf dem Markt erscheinend nur wenig ausgedroschen wird. Besonders gesucht ist Rotklee. Von Saatgetreide ist Gerste reichlicher angeboten, Hafer dagegen nur mäßig. Wetter: regnerisch.

Aus dem Leserkreise

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik lediglich Verantwortung vom Publikum gegenüber.)

Auf das Eingesandt des Herrn Studienrates Krüger in der Hallenschen Zeitung vom 14. Januar morgens, erwidere ich folgendes: Nach der Versammlung der nationalen Volkspartei am 5. Januar (mein Eingesandt ist an diesem Tage abends geschrieben), hat sich der von mir geschilderte Vorgang genau so abgespielt, wie ich ihn wiedergegeben habe. Welche Veranlassung hätte ich, mich in dieser an Aufregungen überreichen Zeit über nicht geschehene Dinge aufzuregen? Wenn ein Druck auf die Lehrer nicht ausgeübt wird, von Oberlehrern habe ich überhaupt nicht gesprochen, so muß ich den entsprechenden Andeutungen des betreffenden Herrn als übergroße Aengstlichkeit gegen seinen Direktor ansehen und ist es mir eine Genugtuung, festzustellen, daß ich mit meiner gegenseitigen Behauptung Recht hatte. Im übrigen hörte meine Tochter von dem Direktor der Latina, Herrn Dr. Gräber, am 31. Dezember 1918, als ihn zum Beitritt in die nationale Volkspartei aufforderte, daß die Lehrerschaft der höheren Schulen mit wenigen Ausnahmen der Demokratischen Partei beigetreten sei. Herr Studienrat Krüger und etliche andere Herren Oberlehrer sind inzwischen der nationalen Volkspartei beigetreten. Nach der erhebenden Gedenkversammlung des Stadtjubiläumsfestes, in der Deutschtum und Religiosität immer wieder, auch von seiten der Lehrer betont wurden, bin ich und mit mir vermutlich viele andere Eltern ganz irre an der Lehrerschaft geworden, als es hieß, sie sei trotzdem zur Demokratischen Partei übergegangen. Wie kann sich Deutschtum und Religiosität mit den internationalen Zielen dieser von Nichtdeutschen gegründeten, von Nichtdeutschen geleiteten Partei vertragen? Dieser Partei, die ihren Schwerpunkt nach links zu den staatszerstörenden Sozialisten verlegt hat und immer wieder betont, mit diesen gegen die rechtsstehenden Parteien kämpfen zu wollen! Die hier wie anderwärts ja auch eine Listenvereinigung der bürgerlichen Parteien abgelehnt hat und dadurch vermutlich der Sozialdemokratie Sitze in der Nationalversammlung erringen hilft. Man muß nur einmal hören, was für Ansichten in den Köpfen vieler Schüler herumspuken, die sie ihren Mitschülern betzubringen versuchen, gegen die ein wirklich auf demokratischem Boden stehender Lehrer eigentlich gar nicht ankämpfen kann, ein deutscher Lehrer aber ankämpfen müßte. Aber es ist ja möglich, daß viele Lehrer nur äußerlich der Demokratischen Partei angehören aus irgendwelcher von vielen auch angedeuteten Mißachtung oder Verstimmung gegen einzelne Programmpunkte anderer bürgerlicher Parteien. Da kann man immer wieder nur feststellen: vollkommen ist nichts, aber alles ist besser als die Demokratische Partei, die Vorfrucht der Sozialdemokratie.

Germanica.

Oeffentlicher

Frauen-Vortrag

Donnerstag, d. 16. Jan. 1919, abds. 8 Uhr

in den

Thalia-Sälen.

„Das Wahlrecht zur Nationalversammlung"

Redner: Universitätsprofessor **Jörges.**

„Was muß die Wählerin am Wahltage tun?"

Redner: Pflichtfortbildungsschuldirektor **Goll.**

„Zur inneren Erneuerung der pol. Parteien"

Redner: Stadtarzt Professor **von Drigalski.**

Nach jedem Vortrag Aussprache und Fragen-Beantwortung. Schriftliche Anfragen sind an das Verbandsbüro, Poststr. 14, Zimmer 59 zu richten.

Verband Hallischer Frauenvereine.

Hauptschriftleiter: Heinrich Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Heinrich Böttcher; für wirtschaftlichen: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Koepsch.

Wählt alle Deutschnational! „Liste Graf Posadowsky".

Deutschnationale Volkspartei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901161-10/fragment/page=0004